



Oliver Holtemöller

Kommentar: Arbeitnehmer entlasten:
Jetzt Steuern und Sozialbeiträge reformieren (S. 22)

Steffen Müller

Aktuelle Trends: Betriebsrat und Tarifvertrag:
Immer weniger Beschäftigte haben beides (S. 23)

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015: Kräftiger Aufschwung dank
günstigem Öl und schwachem Euro – Zusammenfassung (S. 24)

Felix Noth, Lena Tonzer

Welche Risikomaße bilden das Ausfallrisiko für Geschäftsbanken
adäquat ab? Eine Analyse am Beispiel US-amerikanischer Banken (S. 25)

Anja Förtsch, Albrecht Kauffmann, Martin T. W. Rosenfeld

Die Institutionalisierung von Metropolregionen: Schlüssel zum
wirtschaftlichen Erfolg von Städten? – ein Tagungsbericht (S. 29)

Gerhard Heimpold, Daniel Lentfer

Von der Transformation zur Europäischen Integration – 25 Jahre
Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern – ein Tagungsbericht (S. 31)

Brigitte Loose

IWH-Baumfrage im ersten Quartal 2015:
Stimmungsaufhellung zum Jahresauftakt (S. 33)

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im ersten Quartal 2015:
Unternehmen starten verhalten ins neue Jahr (S. 36)



Arbeitnehmer entlasten: Jetzt Steuern und Sozialbeiträge reformieren

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Frühjahrsgutachten 2015 vorgeschlagen, das System

der Abgaben auf Arbeitseinkommen in Deutschland zu reformieren. Eine solche Reform sollte vier Kernelemente beinhalten: *Erstens* nimmt die steuerliche Belastung mit steigenden Einkommen (Progression) bei kleinen und mittleren Einkommen schneller zu als bei hohen; dieser so genannte Mittelstandsbauch im Einkommensteuertarif sollte eingeebnet werden. *Zweitens* wird der Spitzensteuersatz schon bei Einkommen erreicht, die etwa dem 1,3-fachen des Durchschnittseinkommens entsprechen; bei der Einführung des progressiven Steuertarifs im Jahr 1958 griff er beim 17-fachen des damaligen Durchschnittseinkommens. Der Spitzensteuersatz sollte tatsächlich erst bei Spitzeneinkommen greifen. *Drittens* verliert der Solidaritätszuschlag mehr und mehr seine Berechtigung; es handelt sich dabei um eine Ergänzungsabgabe, die ursprünglich zur Finanzierung der Deutschen Einheit vorgesehen war und nur vorübergehender Natur sein sollte. Zudem kommt es immer wieder zu dem Missverständnis, der Solidaritätszuschlag werde nur im Westen bezahlt, obwohl er im Osten genauso erhoben wird. Diese Ergänzungssteuer sollte abgeschafft werden. *Viertens* sind in der Vergangenheit immer mehr Lasten, die aus allgemeinen Steuern zu finanzieren wären, wie etwa die „Mütterrente“, allein den Sozialversicherungen aufgebürdet worden. Entsprechende Zuschüsse aus Steuermitteln an die Sozialversicherung würden zu niedrigeren Beitragssätzen in der Sozialversicherung führen und damit die Arbeitnehmer entlasten, denn die Steuern speisen sich auch aus Selbstständigen- und Vermögenseinkünften.

Eine sich an diesen Kernelementen orientierende Reform würde den Keil zwischen Brutto- und Nettolöhnen reduzieren und damit den Arbeitsmarkt effizienter

machen sowie die Abgabenlast von Arbeitnehmern insgesamt verringern. Denn diese ist in Deutschland im internationalen Vergleich hoch, und insbesondere die Beiträge zur Rentenversicherung dürften aufgrund der demographischen Entwicklung in Zukunft noch steigen. Es wäre sinnvoll, dafür vorzusorgen und eine günstigere Ausgangsbasis für diese zu erwartenden zukünftigen Belastungen zu schaffen.

Eine Reform des Abgabensystems könnte einem weiteren Anstieg der Abgabenlast entgegenwirken. Ein solcher ergibt sich nämlich automatisch aufgrund der progressiven Natur des deutschen Einkommensteuersystems, wenn der Tarif nicht von Zeit zu Zeit angepasst wird. So sind die Lohnsteuereinnahmen in Relation zu den Lohneinkünften in den vergangenen drei Jahren kräftig gestiegen. Auch die Haushaltslage des Staates insgesamt ist von deutlichen Mehreinnahmen geprägt. Die Überschüsse dürften sich in diesem Jahr auf mehr als 20 Milliarden Euro belaufen. Daher würde die Reform auch nicht die investiven Ausgaben des Staates, vor allem für Bildung und Forschung, gefährden. Dort kommt es ohnehin nicht nur auf die Quantität, sondern vor allem auf die Qualität an. Hier sind erhebliche Effizienzreserven vorhanden.

Alles in allem wird es wohl kaum jemals einen günstigeren Zeitpunkt für eine grundlegende Reform des Steuer- und Abgabensystems geben als jetzt. Eine die genannten vier Kernelemente beinhaltende Reform wird von vielen gesellschaftlichen Interessengruppen grundsätzlich befürwortet. So haben sich in der Vergangenheit sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeberverbände für die Einebnung des Mittelstandsbauches im Einkommensteuertarif ausgesprochen. Überzeugende Argumente, warum die Reform des Einkommensteuertarifs jetzt nicht möglich sein sollte, sind bisher nicht vorgetragen worden.

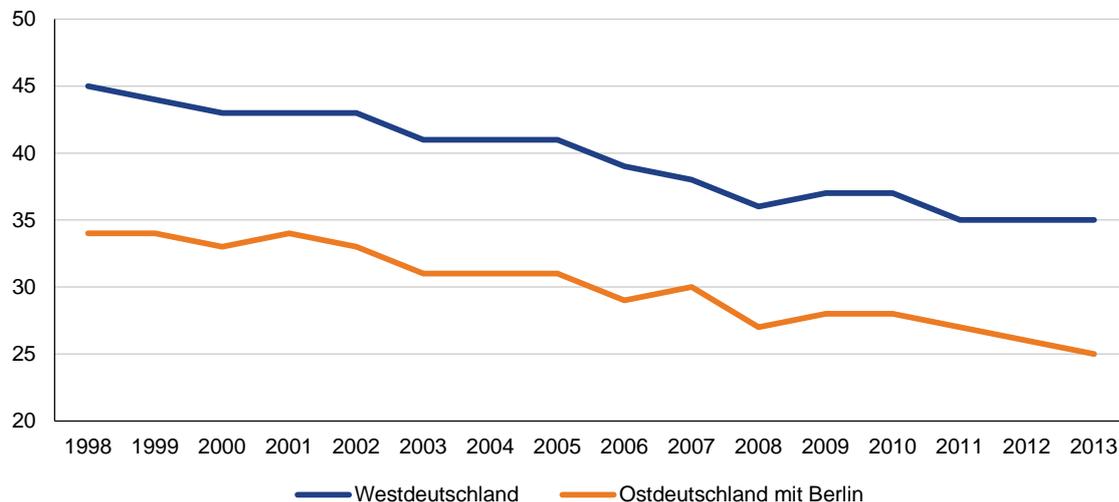
Oliver Holtemöller
Stellvertretender Präsident und Leiter der Abteilung Makroökonomik

Aktuelle Trends

Betriebsrat und Tarifvertrag: Immer weniger Beschäftigte haben beides

Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag und Betriebsrat an allen Beschäftigten

- privatwirtschaftliche Betriebe (ohne Landwirtschaft) mit mindestens fünf Beschäftigten, in % -



IWH

Quelle: IAB-Betriebspanel 1998 bis 2013; Berechnungen und Darstellung des IWH auf Basis gewichteter Daten. Informationen zum Datensatz finden sich unter <http://www.iab.de/de/erhebungen/iab-betriebspanel/informationen-zum-panel.aspx>.

Für die Gestaltung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in Deutschland sind betriebliche Mitbestimmung und tarifvertraglich vereinbarte Löhne von entscheidender Bedeutung. Betriebsräte sind auf Ebene der einzelnen Betriebe organisiert und haben von der Betriebsgröße abhängige Informations-, Anhörungs- und Mitbestimmungsrechte, die im Betriebsverfassungsgesetz festgelegt sind. Das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet den Betriebsrat zur vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs. Theoretische¹ und empirische² Studien zeigen, dass Betriebsräte eine positive Wirkung auf die Produktivität haben können. Entscheidend ist dabei, ob der Betrieb tarifvertragsgebunden ist. Es wird argumentiert, dass Betriebsräte stärkere Anreize haben, auf die Steigerung der Produktivität hinzuwirken, wenn Verteilungskonflikte bereits auf überbetrieblicher Ebene gelöst wurden.³ Die Empirie stützt diese Hypothese.⁴

Der Anteil der Beschäftigten, die im Rahmen eines Tarifvertrags beschäftigt und zugleich auch durch einen Betriebsrat vertreten sind, ging zwischen 1998 und 2013 sowohl in Westdeutschland (von 45% auf 35%) als auch in Ostdeutschland (von 33% auf 25%) um etwa ein Viertel zurück (vgl. Abbildung). Vor dem Hintergrund der genannten theoretischen und empirischen Befunde stellt dieser Rückgang eine potenziell wichtige Veränderung dar. Der anhaltend geringere Abdeckungsgrad in Ostdeutschland bietet sich zudem als mögliche Erklärung für einen Teil des ostdeutschen Produktivitätsrückstands an. Betrachtet man die betriebliche Ebene, zeigt sich, dass der Anteil der Betriebe mit Tarifvertrag und Betriebsrat an allen Betrieben in Ost und West in etwa bei 10% liegt.

Steffen Müller (Steffen.Mueller@iwh-halle.de)

¹ Freeman, R. B.; Lazear, E.: An Economic Analysis of Works Councils, in: J. Rogers, W. Streeck (eds), *Works Councils: Consultation, Representation and Cooperation in Industrial Relations*. University of Chicago Press: Chicago, IL, 1995, 27-52. – ² Müller, S.: Works Councils and Establishment Productivity, in: *Industrial and Labor Relations Review*, Vol. 65 (4), 2012, 880-898. – ³ Freeman, R. B.; Lazear, E., a. a. O. – ⁴ Huebler, O.; Jirjahn, U.: Works Councils and Collective Bargaining in Germany: The Impact on Productivity and Wages, in: *Scottish Journal of Political Economy*, Vol. 50 (4), 2003, 471-491.

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015: Kräftiger Aufschwung dank günstigem Öl und schwachem Euro*

Die Weltproduktion dürfte im Frühjahr 2015 leicht beschleunigt expandieren. Starke Impulse gehen von dem kräftig gesunkenen Rohölpreis aus, der sich seit Juni 2014 in etwa halbierte. Der Ölpreisverfall ist wohl überwiegend auf ölmarktspezifische Ursachen zurückzuführen und hat schon Ende 2014 die konjunkturelle Belebung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften befördert. In den großen Schwellenländern ist die Konjunktur dagegen insgesamt eher schwach: In China geht das Expansionstempo auch wegen fallender Immobilienpreise seit Mitte 2014 zurück. In Brasilien stagniert die Produktion nahezu, und Russland befindet sich derzeit wohl in einer Rezession.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Sie wird stimuliert von unerwarteten expansiven Impulsen, insbesondere dem Verfall des Ölpreises und der starken Abwertung des Euro. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 2,1% steigen (vgl. Tabelle und Abbildung). Das 68%-Prognoseintervall reicht dabei von 1,4% bis 2,8%. Dabei ist der Konsum die Stütze des Aufschwungs. Zudem gehen vom übrigen Euroraum wieder leicht positive Impulse aus, sodass auch der Außenhandel zur Expansion beiträgt. Im kommenden Jahr dürfte sich das Tempo nur wenig verlangsamen. Die Abwertung des Euro wird die Konjunktur dabei weiter beleben, während die positiven Effekte des gesunkenen Ölpreises auslaufen. Die öffentlichen Haushalte dürften in diesem und im nächsten Jahr mit deutlichen Überschüssen von jeweils über 20 Milliarden Euro abschließen. Angesichts struktureller Überschüsse ist die Gelegenheit jetzt günstig, den Einkommensteuertarif – insbesondere im Bereich kleiner und mittlerer Einkommen – leistungsfreundlicher zu gestalten.

* Abgeschlossen in München am 14. April 2015. Hier wird eine Kurzfassung wiedergegeben. Für die Langfassung vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015: Kräftiger Aufschwung dank günstigem Öl und schwachem Euro*. München 2015.

Tabelle:

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2014	2015	2016
reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	2,1	1,8
Erwerbstätige ¹ (1 000 Personen)	42 652	43 007	43 242
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 898	2 723	2 568
Arbeitslosenquote ² (in %)	6,7	6,3	5,9
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,9	0,5	1,3
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	1,9	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵			
in Mrd. Euro	18,0	20,7	25,6
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,6	0,7	0,8
Leistungsbilanzsaldo			
in Mrd. Euro	219,7	256,0	266,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,6	8,5	8,5

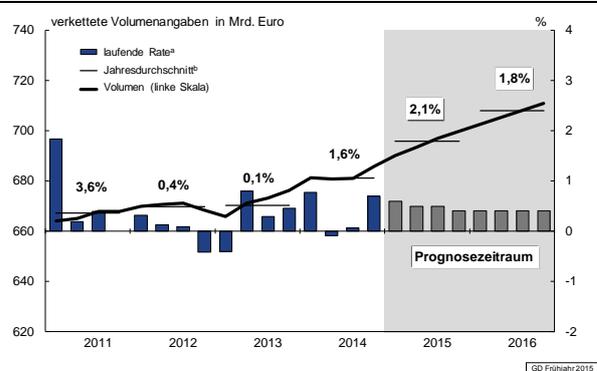
¹ Im Inland. – ² Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ³ Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2015 und 2016: Prognose der Institute.

Abbildung:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala). – ^b Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2015: Prognose der Institute.

Welche Risikomaße bilden das Ausfallrisiko für Geschäftsbanken adäquat ab? Eine Analyse am Beispiel US-amerikanischer Banken

Felix Noth, Lena Tonzer

Die Analyse von Risiken im Bankensystem und möglichen Ausfallrisiken von Banken erfordert geeignete Risikomaße. In der Literatur werden verschiedene Maße verwendet, die sowohl aus Bankbilanzdaten als auch aus der Gewinn- und Verlustrechnung von Banken berechnet werden. Ein allgemein anerkanntes Maß, das Risiken allumfassend abbildet, gibt es jedoch nicht. Diese Studie vergleicht häufig verwendete Risikomaße für Geschäftsbanken in den USA im Zeitraum von 1995 bis 2013. Es zeigt sich, dass alle getesteten Maße in der Lage sind, das während der Finanzkrise von 2007 bis 2009 stark angestiegene Risiko im US-Bankensystem abzubilden. Zur Prognose einer Bankinsolvenz erweist sich der einfach zu berechnende Anteil an notleidenden Vermögenswerten in der Bilanz als eine gute Ergänzung zu komplexeren Risikomaßen wie dem Z-score.

Ansprechpartner: Felix Noth (Felix.Noth@iwh-halle.de), Lena Tonzer (Lena.Tonzer@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: G21, G28, G32

Schlagwörter: Banken, Risikomaße, Finanzkrisen

Ein stabiles Bankensystem ist von großer Bedeutung für die Weiterleitung von Krediten an die Realwirtschaft. Eine funktionierende Finanzintermediation durch Banken an nichtfinanzielle Unternehmen reduziert Finanzierungsbeschränkungen, erleichtert Investitionen und fördert realwirtschaftliches Wachstum. Kreditvergabe ist immer mit Risiko verbunden. Für Banken ist es entscheidend, dieses Risiko zu beherrschen. Die globale Finanzmarktkrise, beginnend im Jahr 2007, hat gezeigt, dass Risiken im Bankensystem, wenn sie außer Kontrolle geraten, zu Verwerfungen im Finanzsystem führen können – mit negativen Folgen für die realwirtschaftliche Entwicklung.

Die Erfassung von Risiken im Bankensystem ist somit wichtig, um gefährliche Risiken frühzeitig zu erkennen und Instabilitäten zu vermeiden. Jedoch gibt es wenig Konsens darüber, wie genau Risiken am besten gemessen werden können. In der angewandten empirischen Forschung zu Risiken, die auf der Ebene der einzelnen Bank anfallen, werden verschiedene Maße verwendet. Die Wahl des Maßes kann weitreichende Implikationen haben, wenn verschiedene Maße unterschiedliche Aspekte von Bankenrisiken abdecken. Wird ein Risikomaß eingesetzt, das die in

der konkreten (Krisen-)Situation relevanten Aspekte nicht erfasst, kann dies im Extremfall dazu führen, dass eine Bankinsolvenz nicht vorausgesagt wird, obwohl dies mit dem geeigneten Risikomaß möglich gewesen wäre.

In dieser Studie werden vier verschiedene Risikomaße auf der Basis von Daten für US-Geschäftsbanken berechnet, unter anderem ein Maß für die Qualität von Vermögenswerten in der Bilanz sowie ein Maß für das Ausfallrisiko einer Bank. Basierend auf diesen Berechnungen wird verglichen, ob die in den Risikomaßen enthaltenen Informationen ähnlich sind oder ob die verschiedenen Maße für sich genommen zu unterschiedlichen Interpretationen führen. Ziel ist es dabei, die relevanten Risiken mit möglichst wenigen bzw. einfachen Maßen möglichst vollständig zu erfassen.

Vier gängige Risikomaße

Die Studie analysiert das Risiko von Geschäftsbanken in den USA im Zeitraum von 1995 bis 2013. Die zugrundeliegenden Bankbilanzdaten und die Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung stammen von

der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), wobei Jahresdurchschnitte der vierteljährlich berichteten Daten verwendet werden. Die Informationen zu Bankinsolvenzen wurden der FDIC Failed Bank List entnommen. Sie enthält nur Banken, die tatsächlich insolvent wurden, also nicht vor einer Insolvenz gerettet wurden.

Für jede Bank werden vier Risikomaße berechnet, die häufig in der Literatur zu finden sind. Das erste Maß ist der *Z-score*.¹ Er gibt an, inwieweit eine Bank Verluste abfedern kann, bevor es zu einem Ausfall der Bank kommt. Je höher der *Z-score* ist, desto weniger stabil ist eine Bank.² Des Weiteren wird der Anteil an notleidenden Vermögenswerten (*non-performing assets*, NPA) sowie der Anteil an Reserven für Forderungsausfälle (*loan loss reserves*, LLR) in der Bilanz berechnet. Das vierte Maß spiegelt den Risikovorsorgebedarf in der Gewinn- und Verlustrechnung wider (*loan loss provisions*, LLP).³

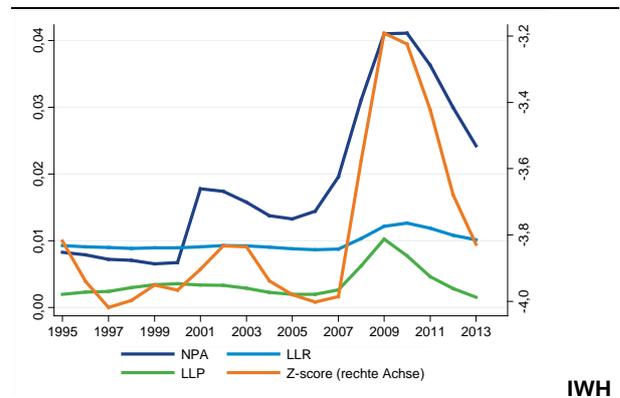
Abbildung 1 zeigt den durchschnittlichen Verlauf der vier Risikomaße über die Zeit. Es zeigt sich, dass alle vier Maße einen Anstieg im Risiko verzeichnen, vor allem während der letzten Finanzkrise beginnend im Jahr 2007.

¹ Der *Z-score* wird zum Beispiel verwendet in Berger, A.; Klapper, L.; Turk-Ariss, R.: Bank Competition and Financial Stability, in: *Journal of Financial Services Research*, Vol. 35 (2), 2009, 99-118. – Gropp, R.; Gruendl, C.; Guettler, A.: The Impact of Public Guarantees on Bank Risk-taking: Evidence from a Natural Experiment, in: *Review of Finance*, Vol. 18 (2), 2014, 457-488.

² Der *Z-score* für Bank *i* zum Zeitpunkt *t* ist definiert als der logarithmierte Wert von: $Zscore_{it} = (Equity_{it} + RoA_{it}) / SD(RoA)_{it}$, wobei $Equity_{it}$ die Eigenkapitalquote, RoA_{it} die Vermögensrendite und $SD(RoA)_{it}$ deren über zwölf Quartale rollierende Standardabweichung angibt. Der entsprechende Wert wird mit -1 multipliziert, sodass ein höherer *Z-score* ein höheres Risiko wiedergibt.

³ Diese Maße werden zum Beispiel verwendet in Ahmed, A.; Takeda, C.; Thomas, S.: Bank Loan Loss Provisions: A Re-examination of Capital Management, Earnings Management and Signaling Effects, in: *Journal of Accounting and Economics*, Vol. 28 (1), 1999, 1-25. – Barth, J. R.; Caprio, G. J.; Levine, R.: Bank Regulation and Supervision: What Works Best?, in: *Journal of Financial Intermediation*, Vol. 13 (2), 2004, 205-248. – Gropp, R.; Hakenes, H.; Schnabel, I.: Competition, Risk-shifting, and Public Bail-out Policies, in: *Review of Financial Studies*, Vol. 24 (6), 2011, 2084-2120. – Ng, J.; Roychowdhury, S.: Do Loan Loss Reserves Behave Like Capital? Evidence from Recent Bank Failures, in: *Review of Accounting Studies*, Vol. 19 (3), 2014, 1234-1279.

Abbildung 1:
Risikomaße für US-Geschäftsbanken im Zeitraum von 1995 bis 2013



Quellen: FDIC; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Überschneiden sich die Risikomaße in ihrem Informationsgehalt?

Im Folgenden werden die verschiedenen Risikomaße miteinander verglichen. Tabelle 1 zeigt die Korrelationen zwischen den vier Risikomaßen über den Zeitraum von 1995 bis 2013. Die Korrelationskoeffizienten geben an, zu welchem Anteil die Werte zweier Risikomaße linear zusammenhängen. Es ist zu erkennen, dass *Z-score*, NPA und LLR signifikant korreliert sind (Irrtumswahrscheinlichkeiten unter 1%). Dabei ist die Korrelation von NPA mit den anderen beiden Variablen am höchsten.

Tabelle 1:
Korrelationen zwischen den Risikomaßen

	Z-score	NPA	LLR
NPA	0,4340 (0,0000)		
LLR	0,3194 (0,0000)	0,4864 (0,0000)	
LLP	-0,0060 (0,0233)	0,0018 (0,4935)	0,0036 (0,1614)

Korrelationskoeffizienten; P-Werte (Irrtumswahrscheinlichkeiten) in Klammern.

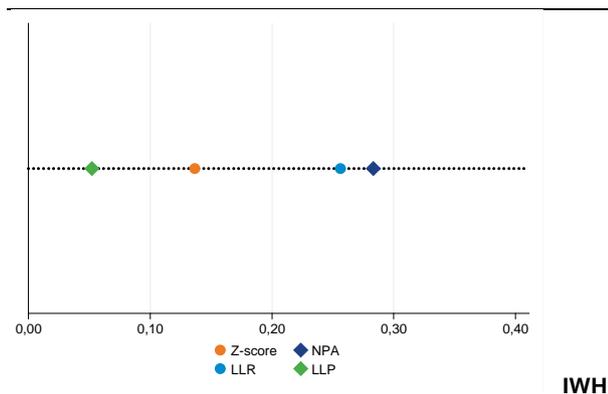
Quellen: FDIC; Berechnungen des IWH.

Gleichzeitig wird offensichtlich, dass eine Variable jeweils zu weniger als 50% mit der anderen Variablen korreliert ist. Dies deutet darauf hin, dass mit den vier Risikomaßen unterschiedliche Aspekte von Risiko

„eingefangen“ werden. Die Werte für LLP sind durchgängig niedrig, woraus sich schlussfolgern lässt, dass Risiken aus der Bilanz in diesem der Gewinn- und Verlustrechnung entnommenen Maß nur unzureichend abgebildet sind.

In einem weiteren Schritt wird mit Hilfe einer Regressionsanalyse evaluiert, inwiefern ein Risikomaß durch die drei anderen erklärt werden kann. Dies wird anhand des R-Quadrats dargestellt. Je höher das R-Quadrat, desto höher ist der Erklärungsgehalt der drei Risikomaße für das jeweils verbleibende vierte Risikomaß.⁴ Abbildungen 2a und 2b zeigen die Ergebnisse für das R-Quadrat. Abbildung 2a basiert auf Schätzungen für den gesamten Beobachtungszeitraum, während Abbildung 2b die pro Jahr berechneten Werte wiedergibt.

Abbildung 2a:
Erklärte Variation zwischen den Risikomaßen
R-Quadrat; gesamter Zeitraum von 1995 bis 2013



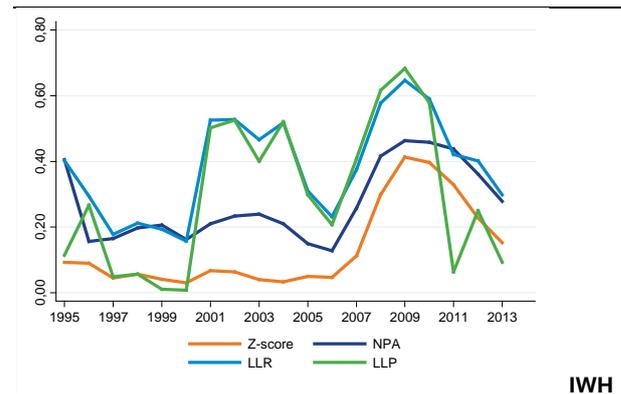
Quellen: FDIC; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Wird, wie in Abbildung 2a dargestellt, der gesamte Zeitraum betrachtet, ergibt sich, dass 13,4% der Variation im *Z-score* der Banken durch die anderen drei Risikomaße erklärt werden kann. Das Risikomaß NPA, welches den Anteil an notleidenden Vermögenswerten in der Bankbilanz angibt, zeigt mit 28,2% den höchsten Wert. Dies impliziert, dass dieses Risikomaß relevante Information über die anderen Risikomaße beinhaltet.

⁴ Die zugrundeliegende Regression sieht wie folgt aus: $Risk_{kit} = x'_{j \neq k, it} \beta + \epsilon_{it}$, wobei ein Risikomaß k ausgedrückt durch $Risk_{kit}$ durch die anderen drei Risikomaße erklärt wird.

Auch wenn der Erklärungsgehalt Jahr für Jahr berechnet wird (vgl. Abbildung 2b), lässt sich erkennen, dass das R-Quadrat für das Risikomaß NPA im Vergleich zum *Z-score* höhere Werte aufweist.

Abbildung 2b:
Erklärte Variation zwischen den Risikomaßen
R-Quadrat; pro Jahr



Quellen: FDIC; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Risikomaße als Prognosefaktoren für Bankinsolvenzen

Die vorangehenden Analysen zeigen, inwiefern die vier Risikomaße in ihrem Erklärungsgehalt übereinstimmen. Der entscheidende Test für die Güte eines Risikoindikators ist jedoch, ob er belastbare Hinweise auf den bevorstehenden Ausfall einer Bank liefern kann. Aus diesem Grund wird in einem letzten Schritt analysiert, inwieweit die im Beobachtungszeitraum tatsächlich eingetretenen Bankinsolvenzen durch die vier Risikomaße vorhergesagt wurden.

Die Analyse basiert auf einem nichtlinearen Wahrscheinlichkeitsmodell (Probitmodell), wobei der tatsächliche Ausfall einer Bank als binäre Variable ausgedrückt wird. Wird eine Bank insolvent, nimmt diese Variable den Wert eins an. Solange die Bank solvent ist, nimmt die Variable den Wert null an. Mit Hilfe des Modells wird getestet, ob die vier Risikomaße die Wahrscheinlichkeit einer Bankinsolvenz zuverlässig erklären können und somit relevante Aspekte von Risiken im Bankensystem abbilden.⁵

⁵ Formal sieht das Probitmodell wie folgt aus: $\Pr(Failure = 1) = F(x'_{it-1} \beta)$, wobei die Wahrscheinlich-

Tabelle 2 gibt die quantitativen (marginalen) Effekte der einzelnen Risikomaße wieder. Es zeigt sich, dass der *Z-score* wie auch der Anteil an notleidenden Vermögenswerten in der Bilanz (NPA) die höchste Erklärungskraft haben (das Pseudo-R-Quadrat liegt jeweils im Bereich von 40%, vgl. die letzte Zeile in der Tabelle). Das bedeutet, dass diese beiden Risikomaße die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlich eintretenden Bankinsolvenz im Vergleich zu den anderen Maßen am besten erklären können.

Tabelle 2:

Ergebnisse aus dem Probitmodell

abhängige Variable: Bankinsolvenz (0/1)

Modell	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
L.Z-score	0,0035*** (0,0002)				0,0016*** (0,0001)
L.NPA		0,0769*** (0,0037)			0,0449*** (0,0027)
L.LLR			0,1890*** (0,0336)		-0,0070 (0,0110)
L.LLP				0,1730 (0,0164)	0,0195*** (0,0061)
Beobachtungen	132 609	139 149	139 149	139 149	132 609
Pseudo-R ²	0,3911	0,4494	0,1175	0,1619	0,5251

***, ** und * stehen für Signifikanz auf dem 1%-, 5%-, und 10%-Niveau. Alle erklärenden Variablen gehen mit ihrem Vorjahreswert (L.) in die Berechnungen ein.

Quellen: FDIC; Berechnungen des IWH.

Konsistent mit den vorangegangenen Ergebnissen weist das Risikomaß NPA die höchste Erklärungskraft auf. Die Risikomaße LLR und LLP hingegen bilden die Wahrscheinlichkeit, dass eine Bank insolvent wird, nur in geringem Ausmaß ab (12% versus 16%). Wie sich aus dem Vergleich des Pseudo-R-Quadrats von Modell (2) und Modell (5) erkennen lässt, ist der zusätzliche Erklärungsgehalt, der dadurch gewonnen wird, dass neben dem Anteil an notleidenden Vermögenswerten in der Bilanz (NPA) auch andere Maße beachtet werden, gering.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass basierend auf Daten für US-Geschäftsbanken die letzte Finanzkrise von 2007 bis 2009 in allen vier Risikomaßen zu

keit einer Bankinsolvenz $\Pr(\text{Failure} = 1)$ mit den vier Risikomaßen basierend auf ihrem Vorjahreswert erklärt wird.

erkennen ist. Jedoch variieren die Risikomaße in ihrem Informationsgehalt. Dies gilt zum einen, wenn die vier diskutierten Risikomaße miteinander verglichen werden. So hat sich gezeigt, dass das Risikomaß NPA, das den Anteil an notleidenden Vermögenswerten in der Bilanz misst, eine hohe Korrelation mit den anderen Risikomaßen aufweist und somit die größte Schnittmenge der in den vier Maßen enthaltenen Informationen darstellt.

Zum anderen wurde analysiert, inwieweit die Risikomaße die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlich eintretenden Bankinsolvenz erklären. Auch in diesem Fall besitzt das auf notleidende Vermögenswerte bezogene Risikomaß NPA eine hohe Erklärungskraft. Dies trifft auch auf den *Z-score* zu, der häufig in wissenschaftlichen Studien verwendet wird, um das Risiko einer Bank darzustellen. Im Vergleich zum Risikomaß NPA ist der *Z-score* jedoch komplexer in seiner Berechnung. Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass der einfach zu berechnende Anteil an notleidenden Vermögenswerten einer Bank ein geeignetes Maß ist, das parallel zum *Z-score* bei der Erfassung von Risiken einzelner Banken verwendet werden kann.

Die in dieser Studie untersuchten Risikomaße beruhen auf Bilanzdaten sowie auf Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung einzelner Banken. Dies impliziert, dass diese Maße Risiken einzelner Banken abbilden. Systemische Risiken werden nicht explizit beachtet. Solche Risiken entstehen zum Beispiel, wenn Banken ähnliche Geschäftsmodelle wählen und sich dadurch den gleichen Risiken aussetzen. Systemische Risiken können außerdem auftreten, wenn Banken untereinander vernetzt sind und sich Schocks dadurch leicht übertragen, oder wenn einzelne Banken sehr groß sind, sodass ihre Insolvenz Effekte für das gesamte Bankensystem haben kann. Maße, die diese systemischen Risiken abbilden, sind zum Beispiel das CoVaR oder SRISK, die vorwiegend aus Marktdaten berechnet werden.⁶

⁶ Adrian, T.; Brunnermeier, M. K.: CoVaR. NBER Working Papers 17454, 2011. – Brownlees, C.; Engle, R.: SRISK: A Conditional Capital Shortfall Index for Systemic Risk Measurement, 2015, <http://ssrn.com/abstract=1611229>.

Die Institutionalisierung von Metropolregionen: Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg von Städten? – ein Bericht über das „5th Halle Forum on Urban Economic Growth“

Anja Förtsch*, Albrecht Kauffmann, Martin T. W. Rosenfeld

Seit den 1990er Jahren wird speziell in Deutschland versucht, mit Hilfe einer verstärkten Kooperation zwischen den wichtigsten Oberzentren und den Kommunen aus deren jeweiligem Umland so genannte „Metropolregionen“ zu etablieren. Damit werden die Ziele verfolgt, die internationale Sichtbarkeit der größten deutschen Städte zu verbessern und durch eine Bündelung der in ihnen sowie ihrem Umland vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen zu einer Erhöhung der stadtreionalen Wirtschaftsleistung beizutragen. Es stellen sich allerdings die Fragen, ob diese Ziele tatsächlich erreicht werden, welche Hürden sich bei der Zielerreichung ergeben und wie diese Hürden ggf. überwunden werden können. Diese Fragen standen im Mittelpunkt des fünften „Halle Forum on Urban Economic Growth“, das am 11. und 12. Dezember 2014 in Kooperation mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) – Leibniz-Forum für Raumwissenschaften am IWH durchgeführt wurde.¹

Keine Patentrezepte für die Governance von Metropolregionen!

Mit ihrem Keynote-Vortrag zur Finanzierung und Governance großer Metropolregionen eröffnete *Professorin Enid Slack* von der Universität Toronto die

* Anja Förtsch, Studentin im Masterstudiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hat im Rahmen des Studienmoduls „Werkstattgespräch“ die Durchführung und Auswertung der Tagung unterstützt.

¹ Das „Halle Forum on Urban Economic Growth“ fand erstmals im November 2006 am IWH statt. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, ein Forum für den Austausch von aktuellen Forschungsergebnissen zu Strategien und Verläufen der wirtschaftlichen Entwicklung von Städten zu bieten, mit einem Fokus auf altindustrielle Regionen und Post-Transformationsökonomien.

Tagung. Sie unterstrich die Bedeutung des für eine Stadtregion jeweils gewählten Systems der Governance für die stadtreionale Wirtschaftsleistung. Bei einer weltweiten Betrachtung von Metropolregionen ließen sich fünf real existierende Governance-Modelle unterscheiden: das fragmentierte einstufige Modell, das konsolidierte einstufige Modell, das zweistufige Modell, das Modell der Stadtstaaten und jenes der urbanen Sonderzweckverbände. Jedes Modell weise spezifische Vor- und Nachteile auf, die allerdings auch vom jeweiligen lokalen und nationalen Kontext abhängig wären. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es bislang keine abschließende Antwort auf die Frage nach der optimalen Anzahl von Governance-Ebenen für großstädtische Regionen gibt. Eine zu hohe Anzahl würde zur Intransparenz und damit tendenziell zur Ineffizienz der Verwaltungen beitragen.

Die weiteren Vorträge am ersten Veranstaltungstag beleuchteten wesentliche Detailspekte von Metropolregionen. *Corinna Porsche* von der Technischen Universität Dortmund verglich die Effekte von zwei deutschen Metropolregionen mit jeweils unterschiedlich „hart“ institutionalisierter regionaler Governance hinsichtlich ihrer Effekte für die Versorgung der privaten Wirtschaft mit Fachkräften. *Dr. Artur Ochojski* von der Wirtschaftsuniversität Kattowitz diskutierte die Möglichkeiten der Institutionalisierung von Metropolregionen am Beispiel Oberschlesiens. *Bianca Mitrică* (Geographisches Institut der Rumänischen Akademie, Bukarest) befasste sich in ihrem Vortrag mit der räumlichen Abgrenzung von Metropolregionen am Beispiel von Bukarest. Schließlich stellte *Silvia Rucinska, Ph.D.*, von der Pavol Jozef Šafárik Universität in Košice eine Untersuchung zu den Potenzialen für die Formierung von Metropolregionen in der Slowakei vor.

Am Abend des ersten Veranstaltungstags fand als *Policy Session* zum Kernthema der Tagung eine Podiumsdiskussion statt, an der *Professor Hans-Heinrich Blotevogel* (Universität Wien), *Dr. Thomas Brockmeier* (Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau), *Professorin Enid Slack* und *Reinhard Wölpert* (Geschäftsführer der Metropolregion Mitteldeutschland) teilnahmen. Moderator war *Jörg Biallas*, Chefredakteur von „Das Parlament“. Insgesamt gesehen zeigte sich eine kritische, wenngleich tendenziell positive Einschätzung der wirtschaftlichen Potenziale von Metropolregionen. Einerseits wurde betont, dass sich bislang für keine Region nachweisen lasse, dass sich Unternehmen aufgrund des Vorhandenseins des institutionellen Geflechts einer Metropolregion angesiedelt hätten. Andererseits gab es allgemeine Zustimmung zur Auffassung, dass in wirtschaftlich eng verflochtenen Regionen eine Abstimmung zwischen den Kommunen in Aktionsfeldern wie Standortmarketing oder Tourismuswerbung von Vorteil wäre. Hinsichtlich der Wahl des „richtigen“ Governance-Systems bestehe ein erheblicher Forschungsbedarf.

Wissen, Gründungsklima, Diversität, Events und „Resilienz“ – Was bestimmt den wirtschaftlichen Erfolg von Städten?

Am zweiten Tag wurden wesentliche Zukunftsfragen der Stadtentwicklung diskutiert. Der Keynote-Vortrag von *Professor Charlie Karlsson*, Jönköping International Business School, zugleich Research Professor am IWH, befasste sich mit den Mechanismen der Wissensübertragung innerhalb urbaner Milieus. In Anbetracht der Bedeutung von Wissen für die Stadtentwicklung unterstrich Karlsson die Notwendigkeit, die von ihm erläuterten Mechanismen mit geeigneten politischen Maßnahmen zu fördern. *Professor Eberhard von Einem* vom Center for Metropolitan Studies an der TU Berlin illustrierte vergleichbare Mechanismen am Beispiel der Wissensübertragung durch Re-Migranten aus Deutschland in der Stadt Istanbul. Für eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadtentwicklung muss Wissen kombiniert werden mit der Fähigkeit, Unternehmen zu gründen und zu führen. *Dr. Michael Wyrwich* von der Friedrich-Schiller-Universität Jena

stellte ein von ihm gemeinsam mit *Professor Michael Fritsch* erarbeitetes Papier vor, in dem gezeigt wurde, dass die „Unternehmenskultur“ in einer Region kurzfristig nicht verändert werden könne, sondern als gegeben anzusehen sei. *Ifigeneia Kokkali* vom Politecnico di Milano erläuterte die Effekte von Diversität auf die Stadtentwicklung, wobei sie hierzu – im Gegensatz zu verschiedenen vorliegenden Studien – eine „desillusionierende“ Position einnahm. Von Seiten der Städte wird vielfach versucht, die eigene wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe großer „Events“ voranzubringen. *Jérôme Massiani, Ph.D.* (Università Ca' Foscari di Venezia), stellte die erwarteten Effekte solcher Events am Beispiel der Expo 2015 in Mailand vor; aus seiner Sicht sind die Effekte deutlich geringer, als dies von offizieller Seite angegeben wird. *Dr. Thilo Lang* vom Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig stellte Untersuchungen zur Frage vor, wie sich Städte an soziale und ökonomische Krisen anpassen und zu einem Zustand der „Resilienz“ gelangen könnten. *René Kreichauf* (Technische Universität Wien) schließlich verglich die Bemühungen von zwei bekannten schrumpfenden Städten (Detroit und Bitterfeld), aus der Schrumpfung heraus neue Impulse für wirtschaftliches Wachstum zu setzen.

Die Veranstaltung wurde abgerundet durch zwei methodisch orientierte Vorträge. *Dr. Albrecht Kauffmann* vom IWH stellte eine von ihm entwickelte Vorgehensweise vor, mit der zwischen Bevölkerungs- und Flächenwachstum von Städten unterschieden werden kann. Am Beispiel der ostdeutschen Städte machte er deutlich, dass die Angaben der amtlichen Statistik zum Bevölkerungsstand zum jeweiligen Gebietsstand zu Fehlinterpretationen verleiten können, wenn ein Vergleich mit der Entwicklung in konstanten Grenzen unterbleibt. Um Aussagen über die Wirksamkeit diverser Wachstumsfaktoren machen zu können, ist ein solcher Vergleich zwingend erforderlich. *Angelika Krehl* vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund erläuterte, wie sich mit Hilfe von Daten zur städtischen Bebauung Rückschlüsse auf die lokale Verteilung von Beschäftigten ziehen lassen.

Von der Transformation zur Europäischen Integration – 25 Jahre Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern – ein Tagungsbericht

Gerhard Heimpold, Daniel Lentfer*

Unter dem Titel „Von der Transformation zur Europäischen Integration – 25 Jahre Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern“ hat das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit Partnern aus Universitäten in Mitteldeutschland am 18. Februar 2015 Forschungsergebnisse zu 25 Jahren Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern vorgestellt.

Der Präsident des IWH, *Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.*, eröffnete die Tagung und ging auf einen Wandel im Verständnis von Transformation in der IWH-Forschung ein. Die institutionelle Transformation von der Zentralverwaltungs- in die Marktwirtschaft sei abgeschlossen. Angesichts des stagnierenden Aufholprozesses Ostdeutschlands müsse sich die IWH-Forschung nun um Transformation als Wachstumsprozess kümmern und untersuchen, wie Wachstum entsteht, was dabei fördernd oder hemmend wirkt und wie die Finanzmärkte zur effizienten Kapitalallokation beitragen.

Den Eröffnungsvortrag hielt der *Minister für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Hartmut Möllring*, zum Thema „Ein Vierteljahrhundert des wirtschaftlichen Aufbaus in Sachsen-Anhalt: Erreichtes und künftige wirtschaftspolitische Herausforderungen“. Der Minister verwies darauf, dass Sachsen-Anhalts wirtschaftliche und technologische Kompetenzen ihre Wurzeln im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert haben, und nannte als Beispiele unter anderem die Chemiestandorte in Bitterfeld/Wolfen sowie Leuna. Es folgte eine zweimalige De-Industrialisierung: durch Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und reparationsbedingte Demontagen danach sowie durch den Zusammenbruch der

Kombinate nach 1990, die nicht wettbewerbsfähig waren. In keinem anderen ostdeutschen Land habe es so große Kombinate gegeben, während der Mittelstand nur eine untergeordnete Rolle spielte. Gemessen an der Ausgangssituation sei in Sachsen-Anhalt viel erreicht worden: Steigerung des Bruttoinlandsprodukts auf das Zweieinhalbfache, Verdreifachung der Arbeitsproduktivität, Halbierung der Arbeitslosenquote. Die statistischen Fakten ergänzte der Minister um Beispiele von Unternehmen in Sachsen-Anhalt, die erfolgreich auf überregionalen und internationalen Märkten agieren, darunter die IFA ROTORION – Powertrain GmbH in Haldensleben, die Längswellen und andere Kraftfahrzeugteile herstellt, und die Laempe & Mössner GmbH, einem Hersteller von Anlagen für die Gießerei-Industrie, mit Hauptsitz in Meitzendorf in Sachsen-Anhalt. Trotz aller Fortschritte und Erfolgsbeispiele sei noch viel zu tun. Es gehe um die I³ – Wachstum durch Innovationen, Investitionen und Internationalisierung, womit er Bezug auf die Mittelstandsoffensive des Landes Sachsen-Anhalt nahm.

Anschließend referierte *Prof. Dr. Steffen Müller*, Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität am IWH und Professor an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, zum Thema „Die Konsequenzen strukturellen Wandels verstehen und gestalten – Über eine neue Forschungsagenda“. Seine Abteilung erforscht die Konsequenzen des strukturellen Wandels. Es gehe insbesondere darum, Anpassungslasten infolge von Massenentlassungen und Betriebs-schließungen kausalanalytisch zu ermitteln und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, trug zum Thema „Ostdeutschlands Produktivitätsrückstand: Was dahintersteckt und ob er sich verringern lässt“ vor. Er erklärte den Produktivitätsrückstand mit strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Länder. Diese lägen in der

* Daniel Lentfer, Student im Masterstudiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hat im Rahmen des Moduls „Werkstattgespräch“ die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Tagung unterstützt.

geringen Dichte der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in der privaten Wirtschaft, in Unterschieden in der Betriebsgröße und in den Exportquoten. Dadurch entstehe ein Rückstand bei der Innovationskraft und der Produktivität.

Prof. Dr. Michael Fritsch, Friedrich-Schiller-Universität Jena, referierte über das „Innovationsystem in Ostdeutschland – Stärken, Schwächen, Entwicklungsperspektiven“. Stärken seien das Qualifikationsniveau, die gut entwickelte Wissenschaftslandschaft, das rege Gründungsgeschehen, die intensive Kooperation bei Innovationen und die Förderpolitik. Schwächen bestünden bei der Produktivität, beim Export sowie in Form einer kleinteiligen Wirtschaft. Mangels Konzernzentralen schlug der Redner vor, Innovationsnetzwerke auf langfristiger Grundlage zu unterstützen.

Professorin Dr. Claudia Becker, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, stellte Befunde über das „Gründungsgeschehen in Sachsen-Anhalt: Erreichtes und künftige Herausforderungen“ vor. Unter den Faktoren, die bei Wissenschaftlern an Hochschulen das Interesse an einer Unternehmensgründung beeinflussten, seien das Geschlecht, die berufliche Position und auch das Vorhandensein von Rollenbildern besonders wichtig.

Der Vortrag von *Prof. Dr. Thomas Steger*, Universität Leipzig, hatte den Titel: „Zur Einkommenskonvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland“. Der Redner ging auf drei theoretische Ansätze ein: den neoklassischen Ansatz der vollständigen Konvergenz, den der begrenzten Konvergenz im Zusammenhang mit Bildungsunterschieden und den Ansatz multipler Gleichgewichte durch zunehmende Skalenerträge. Die derzeitige Entwicklung könne am besten durch ein Modell mit zunehmenden Skalenerträgen erklärt werden. Vollständige Konvergenz sei unwahrscheinlich.

Podiumsgespräch „Aufbau Ost – mittendrin oder abgeschlossen?“

Einen Höhepunkt der Tagung bildete das Podiumsgespräch zum Thema „Aufbau Ost – mittendrin oder abgeschlossen?“, an dem Rudolf Bohn, Staatssekretär a. D.,

Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau, Prof. Reint E. Gropp, Ph.D., Präsident des IWH, Dr. Klaus-Heiner Röhl, Hauptstadtbüro des iw Köln, Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstands der Sächsischen Aufbaubank sowie Petra Wicher, Geschäftsführerin der Ultraschalltechnik Halle GmbH, teilnahmen. Das Podiumsgespräch wurde von Dr. Dorothea Siems, Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik, DIE WELT, moderiert.



Bei der Podiumsdiskussion. Von links nach rechts: Stefan Weber, Sächsische Aufbaubank; Petra Wicher, Ultraschalltechnik Halle GmbH; Dr. Dorothea Siems (Moderation), DIE WELT; Prof. Reint E. Gropp, Ph.D., IWH; Rudolf Bohn, Staatssekretär a. D.; Dr. Klaus Röhl, iw Köln; Dr. Thomas Brockmeier, IHK Halle-Dessau.

Foto: IWH.

Unter den Podiumsteilnehmern herrschte große Übereinstimmung, dass der Aufbau Ost nicht gescheitert sei. Es wurden zahlreiche Beispiele erfolgreicher Unternehmen genannt. Auch viele der mittels Management-Buy-Outs privatisierten gehörten dazu. Eine völlige Ost-West-Angleichung sei aber nicht zu erwarten, war zu hören. Regionale Unterschiede gehörten zur Normalität. Gleichwohl wurde großer Handlungsbedarf deutlich. Es gehe um die Erzeugung von mehr Wachstumsdynamik, und zwar deutschlandweit. Die chronische Unterfinanzierung von Hochschulen, das Fehlen von institutionellen Investoren, die die Finanzierung der Verwertung guter Ideen übernehmen könnten, das demographisch bedingte Fehlen von Berufsnachwuchs, die geringe Größe ostdeutscher Unternehmen und die Infrastrukturfinanzierung unter den Bedingungen knapper öffentlicher Kassen waren einige der Bereiche, in denen die Podiumsteilnehmer besondere Handlungsbedarfe sahen.

IWH-Bauumfrage im ersten Quartal 2015: Stimmungsaufhellung zum Jahresauftakt

Brigitte Loose

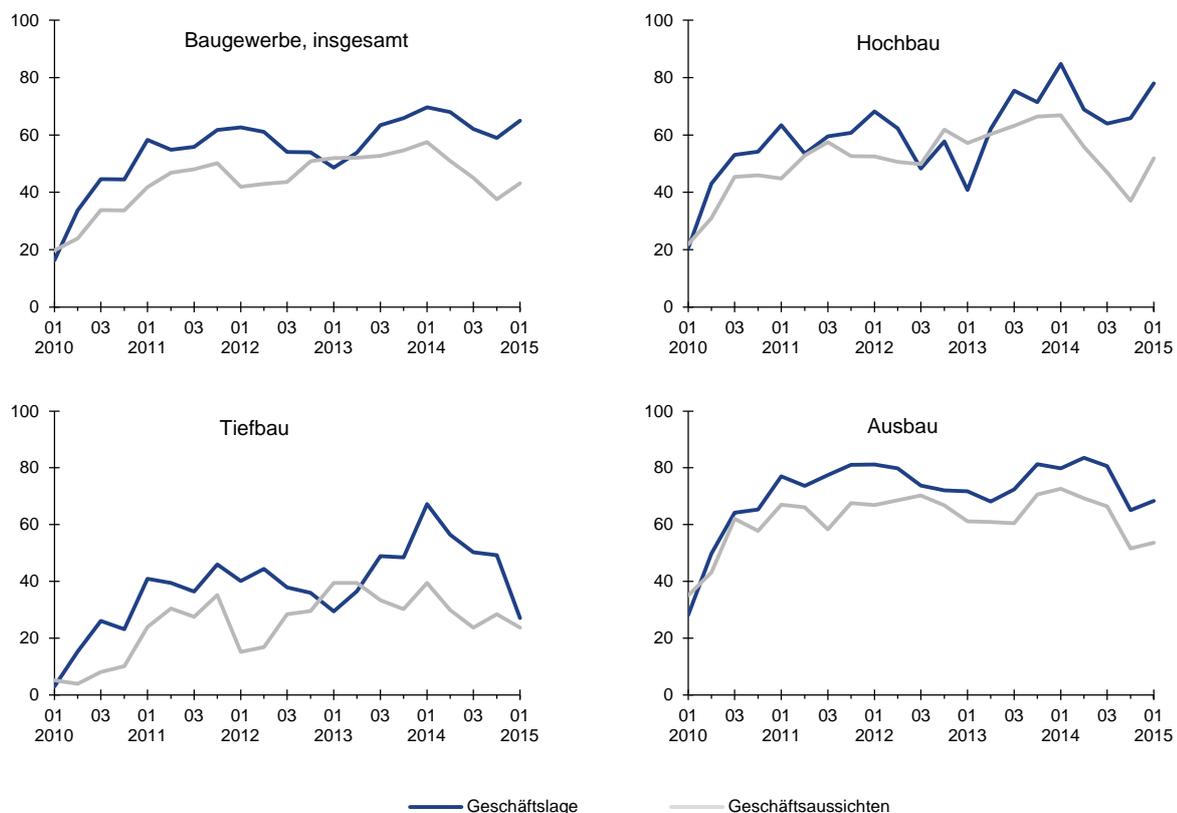
Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut Umfrage des IWH zum Jahresauftakt 2015 deutlich aufgehellt. Die Unternehmen bewerten sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftsaussichten wieder deutlich besser als in den Quartalen zuvor (vgl. Abbildung 1). Die saldierten Urteile der Unternehmen stiegen um sechs bzw. fünf Punkte (vgl. Tabelle). Angesichts des vergleichsweise milden Winters haben sich die Produktionsbehinderungen in engen Grenzen gehalten. Noch vorhandene Auf-

tragsreserven wurden zügig abgearbeitet. Zudem stellt sich die Situation hinsichtlich der erwarteten Baupreise und Erträge günstiger dar, was zu einem Großteil am äußerst günstigen Ölpreis liegen dürfte. Bei der Beurteilung der Auftragslage bleiben die Unternehmen allerdings etwas verhaltener. Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich eine große Divergenz in der Stimmungslage zwischen dem optimistischen Hoch- und Ausbau auf der einen und dem eher pessimistischen Tiefbau auf der anderen Seite.

Abbildung 1:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

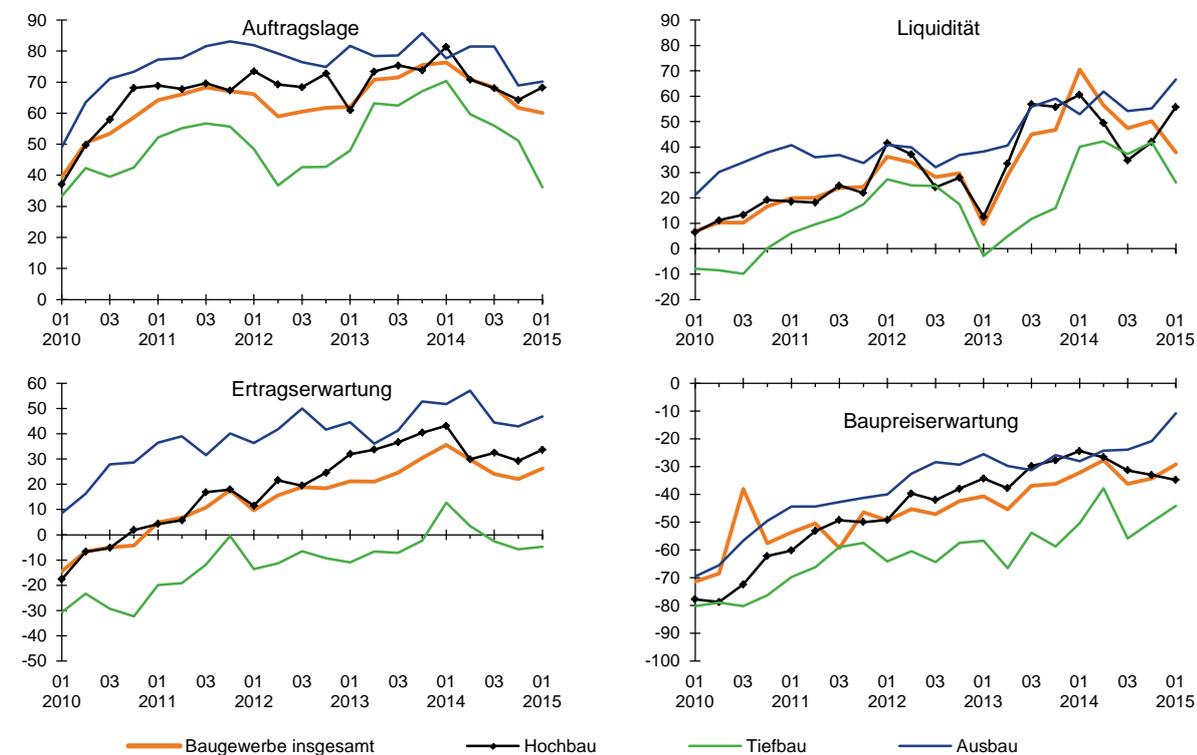
Am deutlichsten zeigt sich die Stimmungsaufhellung im *Hochbau*. Die Geschäftslage verbessert sich um zwölf Saldenpunkte. Die Bauproduktion nahm am aktuellen Rand deutlich zu; auch die Baupreise und die Liquidität wurden günstiger bewertet. Die Aussichten für die nächsten Monate sind bei sich bessender Auftrags- und Ertragslage (vgl. Abbildung 2) ebenfalls sichtlich aufwärtsgerichtet. Die entscheidenden Impulse kommen vom Wohnungsbau; hier sind zuletzt wieder vermehrt Aufträge eingegangen. Das spiegelt sich auch im *Ausbau* wider, wengleich die Aufhellung hier – ausgehend von einem sehr hohen Niveau – etwas weniger ausgeprägt ist. Maßgeblich für die wieder zunehmende Wohnungsbautätigkeit dürfte neben dem milden Winter wohl auch die gestiegene Kaufkraft der privaten Haushalte aufgrund der niedrigen Inflation sein. Dagegen halten sich die

Unternehmen bereits seit Frühjahr 2014 mit neuen Aufträgen zurück. Im öffentlichen Bau sind nach einem kräftigen Impuls im Herbst 2014, wohl aufgrund noch anstehender Baumaßnahmen zur Beseitigung von infrastrukturellen Flutschäden in Mitteldeutschland, zuletzt ebenfalls weniger Aufträge eingegangen. Da sowohl von Unternehmensseite als auch von der öffentlichen Hand der Zufluss neuer Aufträge stockt und diese Investorengruppen den *Tiefbau* dominieren, hat sich die Stimmungslage hier deutlich verschlechtert. Angesichts der günstigen Vorleistungspreise, insbesondere für Kraftstoffe, halten sich die im Tiefbau erwarteten Erträge gleichwohl auf dem zuvor erreichten Niveau.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Abbildung 2:
Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Tabelle:

Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen BaugewerbeSalden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15
Baugewerbe									
Lage	49	54	63	66	70	68	62	59	65
Aussichten	52	52	53	55	58	51	45	38	43
Produktion	32	50	54	60	71	59	59	56	59
Auftragslage	62	71	71	75	76	71	68	62	60
Liquidität	10	29	45	47	71	57	47	50	38
Baupreise	-52	-45	-41	-38	-32	-32	-31	-33	-30
Produktionserwartungen	47	47	49	52	58	50	43	42	37
Ertragserwartungen	21	21	25	30	36	30	24	22	26
Baupreiserwartungen	-41	-45	-37	-36	-32	-28	-36	-34	-29
Hochbau									
Lage	41	62	75	71	85	69	64	66	78
Aussichten	57	60	63	66	67	56	47	37	52
Produktion	31	59	69	69	87	63	60	58	68
Auftragslage	61	73	75	74	81	71	68	64	68
Liquidität	13	34	57	56	61	50	35	42	56
Baupreise	-46	-35	-34	-24	-24	-30	-20	-28	-18
Produktionserwartungen	54	55	59	54	62	50	43	51	44
Ertragserwartungen	32	34	37	40	43	30	32	29	34
Baupreiserwartungen	-34	-38	-30	-28	-24	-27	-31	-33	-35
Tiefbau									
Lage	29	37	49	48	67	56	50	49	27
Aussichten	39	39	33	30	39	30	24	28	24
Produktion	12	24	29	37	50	44	44	43	36
Auftragslage	48	63	62	67	70	60	56	51	36
Liquidität	-3	5	12	16	40	42	37	42	26
Baupreise	-67	-65	-63	-65	-58	-52	-53	-49	-55
Produktionserwartungen	29	31	29	35	46	33	27	22	12
Ertragserwartungen	-11	-7	-7	-2	13	3	-3	-6	-5
Baupreiserwartungen	-57	-67	-54	-59	-50	-38	-56	-50	-44
Ausbau									
Lage	72	68	72	81	80	83	81	65	68
Aussichten	61	61	60	71	73	69	66	52	54
Produktion	58	70	65	74	76	68	76	68	71
Auftragslage	82	78	79	86	78	81	81	69	70
Liquidität	38	41	56	59	53	62	54	55	67
Baupreise	-40	-36	-28	-28	-19	-17	-20	-22	-20
Produktionserwartungen	58	58	58	68	70	68	62	55	55
Ertragserwartungen	45	36	41	53	52	57	44	43	47
Baupreiserwartungen	-26	-30	-31	-26	-28	-24	-24	-21	-11

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

IWH-Industrienumfrage im ersten Quartal 2015: Unternehmen starten verhalten ins neue Jahr

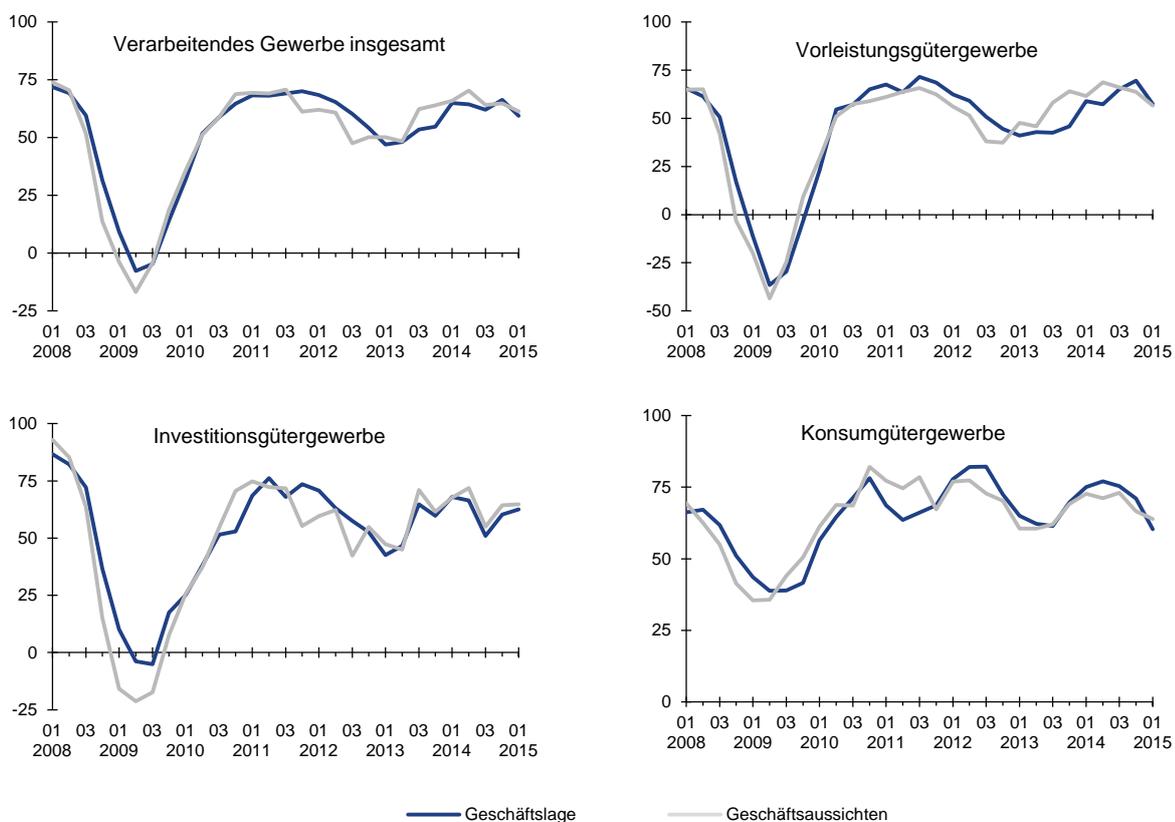
Cornelia Lang

Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich die Stimmung im ersten Quartal 2015 leicht eingetrübt. Die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage unter rund 300 Unternehmen zeigen, dass sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung vom Jahresende 2014 nicht weiter fortgesetzt hat. Die Unternehmen bewerten sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten weniger gut als in den Quartalen zuvor. Gegenüber dem Vorquartal sank der Saldo bei der Lage um sieben Punkte; die saldierten Urteile über

die Aussichten gingen um vier Punkte zurück (vgl. Abbildung 1 und Tabelle). Die Auftragslage und die Produktionserwartungen werden geringfügig schlechter als im Vorquartal beurteilt (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Dies ist wohl auch als Normalisierung zu werten, denn die Auftragsbücher der ostdeutschen Industrie waren im Dezember 2014 so gut gefüllt wie schon lange nicht mehr. Die Impulse kamen vor allem aus dem Inland. Dies setzte sich aber zu Jahresbeginn so nicht fort.

Abbildung 1:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Aus den fachlichen Hauptgruppen kommen divergierende Botschaften. Die Hersteller von Vorleistungsgütern konnten das sehr hohe Niveau ihrer Geschäftstätigkeit der vergangenen Monate nicht beibehalten. Sie sind mit der aktuellen Lage deutlich unzufriedener als im letzten Quartal und bewerten auch die Aussichten weniger positiv. Die Sparte hatte zum Jahresende eine regelrechte Auftragsflut verzeichnet (vor allem aus dem Inland), konnte dieses starke Ergebnis aber nicht halten und hat die Zufriedenheit mit der Auftragslage um elf Saldenpunkte nach unten korrigiert (vgl. Tabelle).

Ganz anders lauten die Meldungen aus dem ostdeutschen Investitionsgütergewerbe. Die konjunkturelle Erholung vom vierten Quartal 2014 setzt sich hier fort. Die Lagebewertung hat sich um zwei Saldenpunkte verbessert, die Aussichten um einen Punkt. Die Unternehmen bewerten auch die Auftragslage

deutlich positiver als Ende 2014, und nach zwei Rückgängen in Folge sind die Produktionserwartungen nunmehr ebenfalls gestiegen. Die Sparte setzt wohl auf eine weitere Expansion der deutschen Wirtschaft.

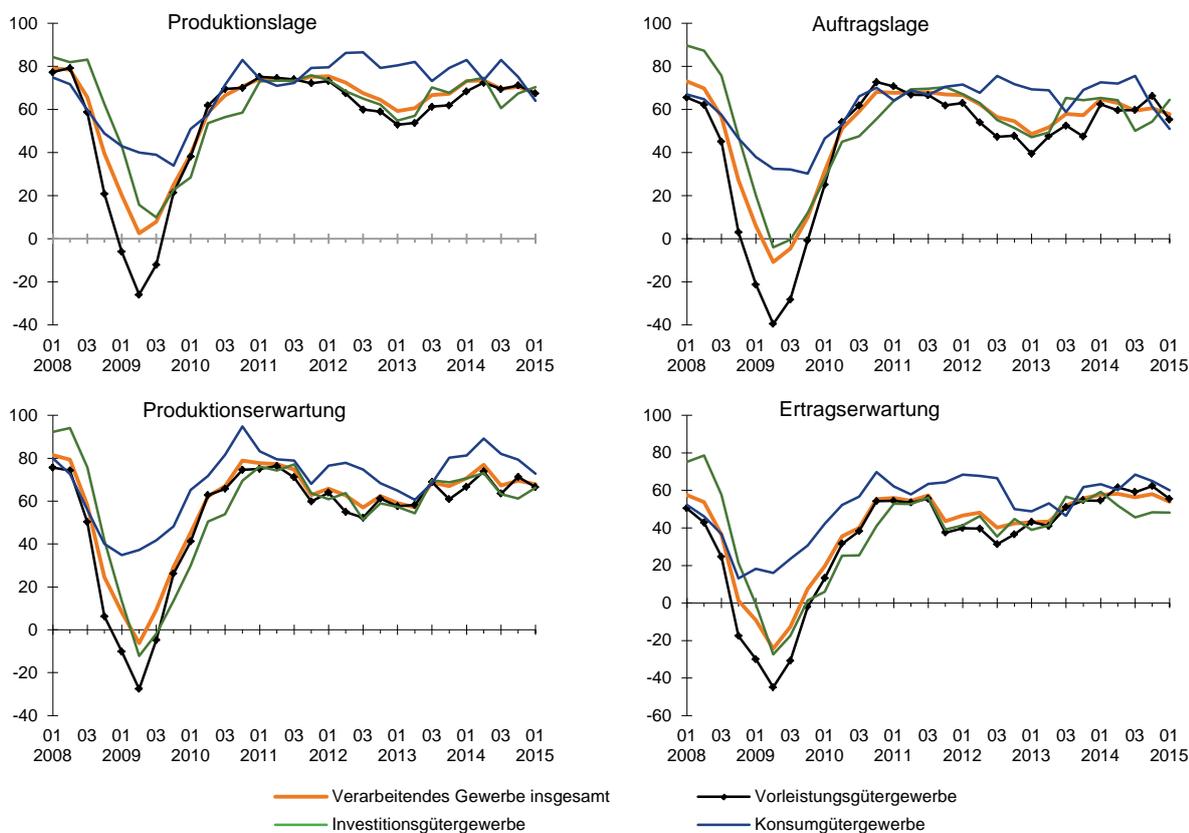
Im ostdeutschen Konsumgütergewerbe sind die Stimmungsindikatoren – ausgehend von einem sehr hohen Niveau – auf einen Abwärtstrend eingeschwenkt. Nicht nur mit der Geschäftslage und den Aussichten sind die Unternehmen weniger zufrieden als im Vorquartal, auch die Auftragslage verschlechterte sich um zehn Saldenpunkte. Von den günstigen Rahmenbedingungen für Konsumenten (gestiegene Beschäftigung, niedrige Energiepreise, positive Reallohnentwicklung) profitiert die Sparte derzeit offenbar nicht.

Cornelia.Lang@iwh-halle.de

Abbildung 2:

Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen laut IWH-Industrienumfragen

Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte



IWH

^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Tabelle:

Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden GewerbeSalden^a, saisonbereinigte Quartalswerte

	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14	4/14	1/15
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
Lage	47	48	54	55	65	64	62	66	59
Aussichten	50	48	62	64	66	70	64	65	61
Produktion	59	61	67	67	73	73	69	70	68
Auftragslage	49	52	58	57	65	63	59	61	58
Liquidität	47	54	57	60	61	56	60	55	65
Produktionserwartungen	59	57	69	67	71	77	67	70	68
Ertragserwartungen	43	43	52	56	58	58	56	58	54
Vorleistungsgütergewerbe									
Lage	41	43	42	46	59	57	65	70	57
Aussichten	48	46	58	64	62	69	66	64	57
Produktion	53	54	61	62	68	72	69	71	67
Auftragslage	39	48	52	47	62	60	60	66	55
Liquidität	49	53	57	58	60	53	56	52	60
Produktionserwartungen	58	58	69	61	67	74	63	71	66
Ertragserwartungen	43	41	51	55	54	62	59	62	55
Investitionsgütergewerbe									
Lage	43	47	65	60	68	66	51	60	62
Aussichten	47	45	71	62	68	72	55	64	65
Produktion	55	57	70	68	73	75	61	67	70
Auftragslage	47	49	65	64	65	64	50	54	64
Liquidität	47	56	58	64	67	59	59	49	57
Produktionserwartungen	57	54	70	69	71	73	63	61	66
Ertragserwartungen	39	41	57	54	59	52	46	48	48
Konsumgütergewerbe									
Lage	65	62	61	70	75	77	75	71	60
Aussichten	61	61	62	69	73	71	73	67	64
Produktion	80	82	73	79	83	74	83	75	64
Auftragslage	69	69	59	69	73	72	76	61	51
Liquidität	46	52	52	54	54	57	71	74	89
Produktionserwartungen	65	61	68	80	81	89	82	79	73
Ertragserwartungen	49	53	47	62	63	60	68	65	60

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen:

17. Juni 2015, 14:00 bis 17:00 Uhr, Leopoldina, Jägerberg 1 in, Halle (Saale):

Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina: „25 Jahre Deutsche Einheit: Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas“

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) nehmen die 25. Jahrestage des Mauerfalls, der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie der Herstellung der Einheit Deutschlands zum Anlass für eine Podiumsdiskussion. In dieser Diskussion wird es nicht nur um die Retrospektive gehen. Vielmehr soll die deutsche Entwicklung in einen europäischen Kontext gesetzt werden. Vor 25 Jahren wurden Schlüsselentscheidungen für eine international wettbewerbsfähige ostdeutsche Wirtschaft getroffen. Ein Vierteljahrhundert später kann gefragt werden:

- Wie sind die damaligen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zum Umbau der ostdeutschen Wirtschaft im Lichte der heutigen Situation mit einer sichtbaren Re-Industrialisierung, aber auch mit fortbestehenden strukturellen Defiziten zu bewerten?
- Was sind Lehren für andere europäische Länder und Regionen, wenn es um die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der dortigen Ökonomien geht?
- Vor welchen künftigen Herausforderungen stehen Wirtschaft und Politik in Ostdeutschland, um auf den sich wandelnden internationalen Märkten noch besser Fuß zu fassen?

Auf diese Fragen werden auf dem Podium Persönlichkeiten eingehen, die in den frühen 1990er Jahren in verantwortlichen Positionen die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands gestellt haben, diese Entwicklung durch strukturpolitische Unterstützungsmaßnahmen begleiteten oder heute Verantwortung in Wirtschaft und Politik beim „Aufbau Ost“ tragen.

3. Juli 2015 in Halle (Saale): 14. Lange Nacht der Wissenschaften

Podiumsdiskussion zum Thema **„Der Mindestlohn gilt – aber wem hilft er?“** mit Experten aus Politik und Wissenschaft, 20:00 bis 21:30 Uhr

Experten aus Wissenschaft und Politik diskutieren, ob der Mindestlohn Arbeitsplätze gekostet hat, ob er tatsächlich hilft, Armut zu reduzieren und ob der Staat durch ihn Gelder spart.

Zusätzlich bietet das IWH folgende Vorträge an:

19:00 bis 20:00 Uhr: *Gerhard Heimpold*: Der Aufbau Ost nach 25 Jahren: Mittendrin oder abgeschlossen?

22:00 bis 23:00 Uhr: *Oliver Rehbein*: The Bankers' New Clothes – Banken müssen (sinnvoll) reguliert werden!

Kinder ab zwölf Jahren und Jugendliche können sich ab 17:00 Uhr im großen IWH-Wissensquiz einfachen Wirtschaftsfragen stellen. Außerdem informiert das IWH in einer Posterausstellung über das Institut sowie ausgewählte Forschungsergebnisse und präsentiert sich als attraktiver Arbeitgeber für den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie als Ausbildungsbetrieb.

17. und 18. Juli 2015 in Halle (Saale): IWH Workshop on Firm Exit and Job Displacement

The Department of Structural Change and Productivity of the Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz-Association is organizing a workshop on firm exit and job displacement to be held in Halle (Saale) on July 17-18, 2015.

Keynote Speaker:

Till von Wachter (University of California Los Angeles)

Durchgeführte Veranstaltung:

25. und 26. Februar 2015 in Halle (Saale): Workshop „Perspectives for Future Research on European Urban Development“

Cities all over the world have a very prominent function for generating creativity and economic growth. The institutional conditions for this function differ a lot between nations, not least between Russia and Germany. The workshop was aimed to promote the exchange of research results on the impact of these differences on the local economy. The main focus was laid on the urban system in Russia.

Wirtschaft im Wandel, Jg. 21 (1), 2015

Reint E. Gropp
Kommentar:
Manövriert sich die EZB in eine Falle?

Hans-Ulrich Brautzsch, Birgit Schultz
Aktuelle Trends:
Mindestlohn von 8,50 Euro: Hohe Betroffenheit in arbeitsintensiven Branchen

Manuel Buchholz, Lena Tonzer
Risikobewertung von Staatsanleihen im Euroraum während der Staatsschuldenkrise von Ansteckungseffekten getrieben

Albrecht Kauffmann
Im Fokus: Bevölkerungsentwicklung der ostdeutschen Städte seit 1990 – Fiktion oder Wirklichkeit?

Brigitte Loose
IWH-Baumfrage im vierten Quartal 2014:
Baukonjunktur in Ostdeutschland schwächelt weiter

Cornelia Lang
IWH-Industrienumfrage im vierten Quartal 2014:
Geschäftslage hat sich zuletzt wieder verbessert

Externe Publikationen

Brautzsch, Hans-Ulrich; Günther, J.; Loose, Brigitte; Ludwig, Udo; Nulsch, N.
Can R&D Subsidies Counteract the Economic Crisis? – Macroeconomic Effects in Germany, in: Research Policy, Vol. 44 (3), 2015, 623-633.

Drygalla, Andrej
Switching to Exchange Rate Flexibility? The Case of Central and Eastern European Inflation Targeters. FIW Working Paper No. 139, January 2015.

El-Shagi, M.; Schweinitz, Gregor von
Risk and Return – Is there an Unholy Cycle of Ratings and Yields?, in: Economics Letters, Vol. 129, 2015, 49-51.

Fackler, Daniel; Schnabel, C.
Was wissen wir über Betriebsschließungen? Erkenntnisse für West- und Ostdeutschland, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 95 (2), 2015, 143-147.

Gropp, Reint E.; Kok, C.; Lichtenberger, J.-D.
The Dynamics of Bank Spreads and Financial Structure, in: Quarterly Journal of Finance, Vol. 4 (4), 2014, 1-53

Ludwig, Udo
Der Beitrag der Landwirtschaft zum wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Bundesländer in Deutschland, in: K. Reinsberg, E. Schulze, W. Merbach (Hrsg.), 250 Jahre Leipziger Ökonomische Societät 1764 bis 2014. Vorträge zur Festveranstaltung. Mitteilungen Agrarwissenschaften 26. Verlag Dr. Köster: Berlin 2015, 61-73.

Müller, Steffen; Stegmaier, J.
Economic Failure and the Role of Plant Age and Size, in: Small Business Economics, Vol. 44 (3), 2015, 621-638.

IWH-Diskussionspapiere

El-Shagi, M.; Schweinitz, Gregor von
The Joint Dynamics of Sovereign Ratings and Government Bond Yields
Nr. 4/2015, März 2015.

Damijan, J.; Kostevc, C.; Marek, Philipp; Rojec, M.
Do Manufacturing Firms Benefit from Services FDI? – Evidence from Six New EU Member States
Nr. 5/2015, April 2015.

Impressum

Herausgeber:
Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.
Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Prof. Dr. Michael Koetter
Prof. Dr. Steffen Müller
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout: Ingrid Dede
Telefon: +49 345 7753 738/721
Telefax: +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)
Telefon: +49 345 7753 60
Telefax: +49 345 7753 820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:
6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:
Einzelheft: 4,50 Euro
Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:
Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Gewerbering West 27, D-39240 Calbe
Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 21. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. April 2015